

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Kontrolle statt Container: Asylchaos stoppen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die illegale Migration nach Deutschland führt zu wachsendem Unmut in unserem Land. Das zeigt sich im von vielen Menschen geteilten Zweifel am derzeit angewendeten Asylrecht. Auf kommunaler Ebene sind die Aufnahme- und Integrationskapazitäten weitgehend erschöpft. Eine deutliche Mehrheit der Bürger ist nach einer aktuellen Allensbach-Umfrage der Ansicht, dass diese Migrationspolitik so nicht fortgesetzt werden kann.
2. Unser Land isoliert sich in Europa immer stärker, weil führende Vertreter von Bundes- und Landesregierung es nicht wagen, ergebnisorientiert über Fragen des Grenzschutzes auf nationaler wie europäischer Ebene zu diskutieren. Mecklenburg-Vorpommern hat jedoch ein übergeordnetes Interesse daran, dass die Außengrenzen effektiv geschützt werden. Es dürfen nicht zu viele Menschen in zu kurzer Zeit nach Europa und damit auch nach Mecklenburg-Vorpommern kommen.
3. Eine Fortsetzung der politischen Ignoranz gegenüber den Sorgen unserer Bürger vor Ort führt unweigerlich zu noch stärkerer Entfremdung von demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Eine ergebnisoffene Diskussion über wirksame Grenzkontrollen und damit eine Begrenzung der Einreisen ist überfällig und vollkommen legitim. Die Bürger in unserem Land sind aufgefordert, mit gegenseitigem Respekt über diese Fragen zu diskutieren sowie Bedenken gegenüber der Landespolitik friedlich auf der Straße und im direkten Dialog zu äußern.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass verstärkte Kontrollen und Transitzentren an der deutschen Grenze eingerichtet werden, um Zurückweisungen von nicht anspruchsberechtigten Personen zu ermöglichen.
2. kritische Stimmen in den Kommunen und von kommunalen Mandatsträgern in Mecklenburg-Vorpommern bei der Artikulation von Interessen des Landes gegenüber dem Bund stärker zu berücksichtigen und von Zuweisungen gegenüber Kommunen, deren Aufnahmekapazitäten nach eigener Einschätzung erschöpft sind, abzusehen.
3. die Anstrengungen durch Schaffung neuer Kapazitäten für eine Rückführungsoffensive deutlich zu intensivieren. Hierzu zählen die Etablierung von Ausreiseeinrichtungen mit verstärkter Rückkehrberatung sowie die Ausweitung von Abschiebungshaftplätzen.
4. einen landeseigenen Rückführungsbeauftragten zu ernennen, der bürokratische Hemmnisse bei der Durchsetzung der Ausreisepflicht auf den unterschiedlichen Ebenen vom Bund bis zu den Kommunen identifizieren und abbauen soll. Zudem soll diese neu zu schaffende Stelle den Kontakt zum Sonderbevollmächtigten der Bundesregierung für Migrationsabkommen institutionalisieren und Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Land verbessern.
5. sich auf Bundesebene für einen wirksamen, robusten EU-Außengrenzschutz einzusetzen und Hilfe vor Ort in international überwachten Schutzzonen außerhalb Europas als ein Grundprinzip humanitärer Politik anzuerkennen.

Nikolaus Kramer und Fraktion